

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Amtsblatt

Drahtloshaus: Tagesblatt Riesa,
Garnus Nr. 20.

Postfachamt: Leipzig 21000,
Groschke Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 6.

Donnerstag, 9. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierwöchentlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundzeile (7 Spalten) 30 Pf., Preispreis 25 Pf., je nach Länge und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachdruck- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zukunft gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ganger & Witzel, Riesa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Auf Blatt 24 des Genossenschaftsregisters ist heute die durch Satzung vom 5. November 1918 errichtete

Robstoff- und Lieferungs-Genossenschaft für das Schneidergewerbe zu Riesa, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Riesa eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist Einkauf von Materialien und Bedarfsartikeln für das Schneidergewerbe, sowie Lieferung von Maschinen und Ausführungen derselben durch die Mitglieder, sowie alle Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu fördern.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der letzteren, gezeichnet von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern und, wenn sie vom Aufsichtsrat ausgehen, unter Namenszeichnung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Die Bekanntmachungen erfolgen im Amtsblatt „Sachsens Schneidergewerbe“, Dresden. Geht dieses Blatt ein oder wird aus anderen Gründen die Bekanntmachung in ihm unmöglich, so tritt an seine Stelle der „Deutsche Reichsanzeiger“ bis zur Bestimmung eines anderen Blattes.

Die Satzung eines jeden Genossen beträgt 200 M. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf die ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt unanfällig.

Die Mitglieder des Vorstandes sind
a) der Schneidemeister Otto Plebert in Riesa,
b) der Schneidemeister Max Ratho in Riesa.

Zwei Mitglieder des Vorstandes können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben. Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Riesa, den 31. Dezember 1918. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 530 des Handelsregisters, die Firma **Wannwollspinnerei Riesa a. d. Elbe, Aktiengesellschaft in Gröba** betr., ist heute eingetragen worden: Die Procura des Bruno Edward Walter Dig in Leipzig ist erloschen.

Riesa, den 4. Januar 1919. Das Amtsgericht.

Ausgabe der Reichskontrollmarken und Reichsleistungskarten. Die Ausgabe der neuen Reichskontrollmarken und Reichsleistungskarten findet **Freitag, den 10. Januar 1919, vormittags 8-12 Uhr** in den bekannten Markenausgabestellen statt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 9. Januar 1919. Gbm.

Griechkartenausgabe. Die Ausgabe der Griechkartenausgaben für
a) Schwangere vom Anlauf des 8. Schwangerschaftsmonats,
b) stillende Mütter beim Wädherrinnen

erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Bedame beim. des Arztes **Freitag, den 10. Januar 1919, nachmittags 2-4 Uhr** im Rathhaus, Lebensmittelzentrale, Zimmer Nr. 13.

Die bisher gültigen Ausweisarten sind bei der Entnahme der neuen Griechkartenausgaben unbedingt mitzubringen. Bei späterer Abholung sind 50 Pf. Gebühren für besondere Abfertigung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. Januar 1919.

Zur Lage. Der Kampf in Berlin geht immer weiter. Die Lage in Berlin hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert. Den Regierungstruppen gelang es, den Anhalter Bahnhof gegen viermaliges Anstürmen der Spartakusanhänger zu verteidigen, das Brandenburger Tor wieder zu erobern und bis jetzt alle Angriffe, die aus dem Tiergarten gegen das Tor hervorbrachen, zu halten.

Auch der Schleißer Bahnhof wurde von ihnen zurückgewonnen. Aber nicht eine der Fortbewegungen, die die Regierung an den Spartakusbund gerichtet hat, ist durchgefallen. Die großen Zeitungsoverläge stehen nach wie vor unter der Herrschaft Liebknechts. Der „Vorwärts“ erscheint in einer Privatdruckerei in Extrablattform. Die Angriffe gegen die Wilhelmstraße mit ihren Regierungsgebäuden gehen ununterbrochen fort. Im Osten und Norden der Stadt herrscht Spartakus nahezu unbeschränkt. So zeigen denn auch die Spartakusleute keinerlei Neigung, auf Verhandlungen einzugehen. Liebknecht will die Alleinherrschaft des Proletariats ganz im Sinne des russischen Bolschewismus, weist unter der sachkundigen Beratung von 16 Sowjetvertretern jedes Gegenkommen ab und trotz nach wie vor der Gewalt. Dennoch gehen die Vermittlungsvorschläge weiter, getragen von den revolutionären Odbärmern. Das Bürgerium verlangt nach Remission und erklärt sich bereit, zum Schutz der sozialistischen Republik die Waffen zu gebühren. Dasselbe tun Offiziere mit der ehrenwürdlichen Verstärkung, daß sie nicht daran denken, die alle Herrschaft wieder anrichten zu wollen. So wächst, wie es in den Berliner Meldungen heißt, die Macht der Regierung, die zudem über frische Truppenmassen verfügt, die von außen her kommen. Dennoch jagt die Regierung zum vollen Angriff überzugehen. Sie ist der Ansicht, ihre Macht erlaube ihr, noch Lage in der Verteidigung zu warten und so unnötiges Hindernisse zu vermeiden. Sie sieht die Entscheidung mit Jännerfrucht entgegen und will sich von den Spartakisten nicht abhandeln lassen. Sie hält sich vor allem vor Augen, wie schwer es sei, in einer Stadt von der Größe Berlins im Straßenkampf ein Volkswort der Spartakusleute nach dem anderen zu nehmen, ohne große Verstörungen anzurichten zu müssen. Aus diesem Verhalten der Regierung ergibt sich die Lage, daß die letzte Entscheidung im Kampf noch weiter verzögert wird. Das wirkt natürlich um so aufregender auf die Bevölkerung. Die Nervosität wächst unter den künftigen Schicksalen von Morgen bis Abend. Es mehren sich die Streikvorhaben. So wollen jetzt die Buchbinder aller Betriebe mit dem Disziplinieren in den Ausland treten, wenn nicht sämtliche Leistungen von den Spartakusleuten endlich freigegeben werden. Weiter wird aus Berlin gemeldet: Das Aktuhr-Wendblatt meldet: Der Oberbefehlshaber, Volksbeauftragter Koste, hat den Besatzungszustand über Berlin verhängt. Die Hoffnung, durch Verhandlungen eine Rettung aus der verzweifelt gewordenen Lage zu finden, hat sich leider nicht erfüllt. Man treibt unablässig einem Blutbade entgegen.

gegen. Die Verhandlungen in der Reichskanzlei zwischen Regierung, Unabhängigen und revolutionären Odbärmern sind vollständig gescheitert. Die von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist keinerlei Aussicht auf Verständigung mehr vorhanden. Wie dem Blatte ferner mitgeteilt wird, haben die Unabhängigen Sozialisten in der letzten Stunde noch einen letzten Vermittlungsvorschlag gemacht. Dasselbe und freilich, welche die Verhandlungen führen, weisen noch in der Reichskanzlei. Von zuverlässiger Seite wird dem Aktuhr-Wendblatt weiter erklärt, daß die der Regierung ergebene Truppen jetzt soweit gesammelt sind, daß sie keinerlei Ueberforderungen mehr zu fürchten brauchen. Heute nacht sind von außerhalb starke Truppenmassen in Berlin zur Verstärkung eingetroffen, ohne in ihrem Anmarsch von Spartakusanhängern behindert worden zu sein. Die verlaute, umfassen die militärischen Nachmittage der Regierung nach dem Eintreffen der letzten Verstärkung 40 000 Mann regierungstreue Truppen. Weitere Transporte, besonders Artillerie sind unterwegs. Die „Rote Fahne“, das Organ der Spartakisten, konnte gestern nicht erscheinen. Angeblich haben Regierungstruppen in der vergangenen Nacht die Redaktionsräume besetzt und den Druck des Blattes verhindert. Wie es heißt, ist die Verlegung des bolschewistischen Truppen ungenügend. Sie haben zwar das Proviantamt in der Köpenickerstraße und die Militärdruckerei in Besitz. Doch fehlt es ihnen infolge der Absperrung an Fahrzeugen, um diese Nachmittage abzutransportieren. — Im Westen Berlins bewegte sich am Dienstag abend ein harter bewaffneter Zug Kriegsgefangener, in der Hauptstraße Franzosen, die mit Anhängern Liebknechts durchsahen. Sie trafen fortwährend: „Hoch Liebknecht!“ Zusammenkünfte haben nicht stattgefunden. Auf Beiragen erzählten einzelne Franzosen, daß sie die Absicht hatten, in ihre Heimat zu gehen, daß man sie aber nicht die Rheinbrücke passieren ließ. — Die Zahl der Toten und Verwundeten aus den letzten Kämpfen hat sich am Dienstag noch erhöht. Soweit die Zahl ermittelt werden konnte, sind in den letzten Tagen einschließlich der an Wunden in Lazaretten, im Marshall und in Krankenanstalten verstorbenen Verwunden rund 30 Männer und Frauen erschossen und 45 verwundet worden. Diese Zahl ist keineswegs erschöpfend. Es wollen noch mehr Soldaten getötet worden sein.

Weitere Spartakusputsche in Reich. Die „Reichs-Allg. Volksztg.“ in Dortmund, die vorgehen von Spartakisten besetzt worden war, ist gestern früh 3 Uhr von den dortigen Sicherheitsbehörden zurückerobert worden, ohne daß dabei ein Schuß fiel. Die Zeitung ist gestern früh wieder als Organ der Reichssozialisten erschienen. — Im Anschluß an eine vorgehen abend in Düsseldorf abgehaltene Versammlung des Spartakusbundes wurden die Redaktionen und Druckereien der „Düsseld. Ztg.“, des „Düsseld. Tagebl.“, der „Düsseld. Nachr.“ und der „Freien Presse“, das Organ der Reichssozialisten, von Spartakusanhängern besetzt und ihr Erscheinen verhindert. Die „Düsseld. Nachr.“ wurden gezwungen, das Blatt in veränderter Form unter dem Titel „Die Rote Fahne vom Niederrhein“ unter Weglassung aller

beanstandeten Artikel und Nachrichten erscheinen zu lassen. Der Allgemeine Arbeiterbund, der zur kommunistischen Partei gehört, hielt am Mittwoch zwei Versammlungen ab, in denen die Parole ausgegeben wurde, jetzt endlich auch im Westen Deutschlands wie in Berlin mit der Tat zu beginnen. Die Führer erklärten, der Verband sollte nur kommen, man werde schon mit ihm fertig werden, daß ihm die Luft verneht werde.

Neuer Bergarbeiterstreik. Aus Beuthen wird gemeldet, daß von neuem ein Bergarbeiterstreik auszubrechen droht. Die Ursache des Ausstandes sind anscheinend polnisch-parteiliche Umtriebe. Die Arbeiter verlangen die Deckung der polnischen Grenze, Entfernung jeglichen militärischen Schutzes, Anerkennung der Regierung Liebknecht und Generalstreik bis zur Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann.

Schadenersatzsprüche Norwegens. Daily Telegraph meldet aus Kopenhagen, daß Norwegen von Deutschland für die Versenkung norwegischer Schiffe eine Milliarde Kronen verlangen werde.

Das Schicksal der Armut. Die in Wien weilende amerikanische Kommission zur Prüfung der Lebensmittelverhältnisse Wiens war, wie der „Reichspost“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, von den Bildern des Glubs und Grauens, die sich ihr in den Quartieren der Armut darbieten, tief erschüttert. Die Kommissionsmitglieder erklärten einstimmig, daß nach ihrer Ueberzeugung die Entente alles tun werde, um dieser Not ein Ende zu machen. Es wird für ratsam und ausreichende Hilfe Sorge getragen werden.

Waldiger Beginn der Friedensbesprechungen. Wie dem „Allg. Handelsbl.“ aus Paris gemeldet wird, werden die Friedensbesprechungen, sobald Clemenceau von seinem sechstägigen Urlaub zurückgekehrt ist, unverzüglich beginnen.

Die amerikanischen Vertreter auf dem Friedenskongress. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Kandidaten der mit Amerika verbündeten Mächte die Namen der Vertreter der Vereinigten Staaten auf dem Friedenskongress bekanntgegeben. Es sind außer Wilson, Oberst House, Lansing, White, früherer Bevollmächtigter der Vereinigten Staaten in Paris, und General Bliss.

Streik des Postpersonals in Brüssel. Nach Blättermeldungen ist das gesamte niedere Postpersonal in den Ausland getreten.

Gegen eine Verlesung der deutschen Kriegsschiffe. Nach einer Meldung des „Newport World“ erklärte sich der Marineminister Daniels mit der Verlesung der übergebenen deutschen Schiffe nicht einverstanden.

Verhaftung der Eisenbahnen in Irland. Nach dem „Allg. Handelsbl.“ meldet der Dubliner „Evening Herald“, daß die Regierung beabsichtigt, mit der Verhaftung der Eisenbahnen in Irland zu beginnen.

Kein bewaffnetes Eingreifen der Entente in Deutschland. Wie das Wiener „Trendenblatt“ von dem unterrichteter Seite hört, sind die Ententemächte von der früher gehegten Absicht, Berlin zu besetzen, trotz der letzten Vorgänge abgekommen. In Paris herrscht die Ansicht, daß der Berliner Brand in sich selbst zusammenfallen müsse, oder wie ein fran-

Ausgabe der Karten zum Bezuge von Pferdefleisch.

Unter Bezugnahme auf die in Gemeinschaft mit der Amtshauptmannschaft Großenhain erlassene Bekanntmachung vom 7. Januar 1919, Kleinhandel mit Pferdefleisch betreffend, — abgedruckt in der gestrigen Nummer des Blattes — geben wir bekannt, daß die Ausgabe der Pferdefleischkarten an die nummehr noch zum Bezuge von Pferdefleisch Berechtigten im Rathhaus, Zimmer Nr. 13, werktäglich vormittags 8 bis mittags 12 Uhr erfolgt.

Der Rat der Stadt Riesa, den 9. Januar 1919. Gbm.

Wahlen zur Volkstammer der Republik Sachsen betr. Die für die Stadt Riesa zu den am 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen zur Volkstammer der Republik Sachsen aufgestellten Wählerlisten liegen vom 14. bis 21. Januar 1919 im Rathhaus, Wahlamt, Zimmer Nr. 14 während der gewöhnlichen Geschäftsstunden zu jedermanns Einsicht aus.

Einsprüche gegen Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Ausgabestunde bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder als Protokoll anzubringen. Soweit die Richtigkeit der Einspruchsbehauptungen nicht offenkundig ist, sind Beweismittel für sie beizubringen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 7. Januar 1919. Gbm.

Kohlenverkaufspreise. 1. Anstelle der bisher festgesetzten Kohlenverkaufspreise treten mit Wirkung vom 1. Januar 1919 bis auf weiteres folgende Kleinverkaufspreise:

Sorte	Preis ab Lager des Kohlenhändlers	
	1 Str.	Preis frei vore Haus 1 Str.
a) Steinkohle:		
Dänischer	3.50 M.	3.00 M.
Königl. Janderöder Werke	3.00 M.	3.40 M.
Schleßische Steinkohle	2.90 M.	3.30 M.
Schmiedekohle	3.00 M.	3.40 M.
b) Böhmische Braunkohle	3.45 M.	3.85 M.
c) Braunkohlenbrissetts	2.95 M.	3.85 M.
d) Steinkohlenbrissetts	3.45 M.	3.85 M.
e) Grubekohle	2.75 M.	3.15 M.
f) Schmiedekohle	3.40 M.	3.80 M.
g) Westfälischer Güttenkohle	3.20 M.	3.60 M.

Denjenigen Kohlenhändlern, deren Verkaufsstellen nicht entlang der Elbe liegen, ist nachgelassen, pro Zentner Braunkohlenbrissetts 10 Pf. mehr zu fordern.

2. Für das Bringen der Kohlen in den Kellerraum des Empfängers darf der Kohlenhändler einen weiteren Zuschlag von 10 Pf. pro Zentner berechnen.

3. Beschäftigte Ueberrechnungen der vorstehenden Preise und Zuschläge sind von den Händlern rechtzeitig schriftlich zu begründen. Kalkulationsdrucke sind im Kohlenamt unentgeltlich zu entnehmen. Den Kalkulationen sind Originalrechnungen, Frachtbrieve und sonstige Unterlagen beizulegen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 8. Januar 1919. Gbm.

Am Sonnabend, den 11. Januar, 10 Uhr vorm., findet in der Kaserne des Feld-Art.-Reg. 32 die öffentliche Versteigerung eines mittelschweren Federwagens mit Plane statt.

Die Versteigerungs-Kommission.

Der Kampf in Berlin geht immer weiter. Die Lage in Berlin hat sich in den letzten 24 Stunden nicht wesentlich geändert. Den Regierungstruppen gelang es, den Anhalter Bahnhof gegen viermaliges Anstürmen der Spartakusanhänger zu verteidigen, das Brandenburger Tor wieder zu erobern und bis jetzt alle Angriffe, die aus dem Tiergarten gegen das Tor hervorbrachen, zu halten.

Auch der Schleißer Bahnhof wurde von ihnen zurückgewonnen. Aber nicht eine der Fortbewegungen, die die Regierung an den Spartakusbund gerichtet hat, ist durchgefallen. Die großen Zeitungsoverläge stehen nach wie vor unter der Herrschaft Liebknechts. Der „Vorwärts“ erscheint in einer Privatdruckerei in Extrablattform. Die Angriffe gegen die Wilhelmstraße mit ihren Regierungsgebäuden gehen ununterbrochen fort. Im Osten und Norden der Stadt herrscht Spartakus nahezu unbeschränkt. So zeigen denn auch die Spartakusleute keinerlei Neigung, auf Verhandlungen einzugehen. Liebknecht will die Alleinherrschaft des Proletariats ganz im Sinne des russischen Bolschewismus, weist unter der sachkundigen Beratung von 16 Sowjetvertretern jedes Gegenkommen ab und trotz nach wie vor der Gewalt. Dennoch gehen die Vermittlungsvorschläge weiter, getragen von den revolutionären Odbärmern. Das Bürgerium verlangt nach Remission und erklärt sich bereit, zum Schutz der sozialistischen Republik die Waffen zu gebühren. Dasselbe tun Offiziere mit der ehrenwürdlichen Verstärkung, daß sie nicht daran denken, die alle Herrschaft wieder anrichten zu wollen. So wächst, wie es in den Berliner Meldungen heißt, die Macht der Regierung, die zudem über frische Truppenmassen verfügt, die von außen her kommen. Dennoch jagt die Regierung zum vollen Angriff überzugehen. Sie ist der Ansicht, ihre Macht erlaube ihr, noch Lage in der Verteidigung zu warten und so unnötiges Hindernisse zu vermeiden. Sie sieht die Entscheidung mit Jännerfrucht entgegen und will sich von den Spartakisten nicht abhandeln lassen. Sie hält sich vor allem vor Augen, wie schwer es sei, in einer Stadt von der Größe Berlins im Straßenkampf ein Volkswort der Spartakusleute nach dem anderen zu nehmen, ohne große Verstörungen anzurichten zu müssen. Aus diesem Verhalten der Regierung ergibt sich die Lage, daß die letzte Entscheidung im Kampf noch weiter verzögert wird. Das wirkt natürlich um so aufregender auf die Bevölkerung. Die Nervosität wächst unter den künftigen Schicksalen von Morgen bis Abend. Es mehren sich die Streikvorhaben. So wollen jetzt die Buchbinder aller Betriebe mit dem Disziplinieren in den Ausland treten, wenn nicht sämtliche Leistungen von den Spartakusleuten endlich freigegeben werden. Weiter wird aus Berlin gemeldet: Das Aktuhr-Wendblatt meldet: Der Oberbefehlshaber, Volksbeauftragter Koste, hat den Besatzungszustand über Berlin verhängt. Die Hoffnung, durch Verhandlungen eine Rettung aus der verzweifelt gewordenen Lage zu finden, hat sich leider nicht erfüllt. Man treibt unablässig einem Blutbade entgegen.

gegen. Die Verhandlungen in der Reichskanzlei zwischen Regierung, Unabhängigen und revolutionären Odbärmern sind vollständig gescheitert. Die von Regierungsseite mitgeteilt wird, ist keinerlei Aussicht auf Verständigung mehr vorhanden. Wie dem Blatte ferner mitgeteilt wird, haben die Unabhängigen Sozialisten in der letzten Stunde noch einen letzten Vermittlungsvorschlag gemacht. Dasselbe und freilich, welche die Verhandlungen führen, weisen noch in der Reichskanzlei. Von zuverlässiger Seite wird dem Aktuhr-Wendblatt weiter erklärt, daß die der Regierung ergebene Truppen jetzt soweit gesammelt sind, daß sie keinerlei Ueberforderungen mehr zu fürchten brauchen. Heute nacht sind von außerhalb starke Truppenmassen in Berlin zur Verstärkung eingetroffen, ohne in ihrem Anmarsch von Spartakusanhängern behindert worden zu sein. Die verlaute, umfassen die militärischen Nachmittage der Regierung nach dem Eintreffen der letzten Verstärkung 40 000 Mann regierungstreue Truppen. Weitere Transporte, besonders Artillerie sind unterwegs. Die „Rote Fahne“, das Organ der Spartakisten, konnte gestern nicht erscheinen. Angeblich haben Regierungstruppen in der vergangenen Nacht die Redaktionsräume besetzt und den Druck des Blattes verhindert. Wie es heißt, ist die Verlegung des bolschewistischen Truppen ungenügend. Sie haben zwar das Proviantamt in der Köpenickerstraße und die Militärdruckerei in Besitz. Doch fehlt es ihnen infolge der Absperrung an Fahrzeugen, um diese Nachmittage abzutransportieren. — Im Westen Berlins bewegte sich am Dienstag abend ein harter bewaffneter Zug Kriegsgefangener, in der Hauptstraße Franzosen, die mit Anhängern Liebknechts durchsahen. Sie trafen fortwährend: „Hoch Liebknecht!“ Zusammenkünfte haben nicht stattgefunden. Auf Beiragen erzählten einzelne Franzosen, daß sie die Absicht hatten, in ihre Heimat zu gehen, daß man sie aber nicht die Rheinbrücke passieren ließ. — Die Zahl der Toten und Verwundeten aus den letzten Kämpfen hat sich am Dienstag noch erhöht. Soweit die Zahl ermittelt werden konnte, sind in den letzten Tagen einschließlich der an Wunden in Lazaretten, im Marshall und in Krankenanstalten verstorbenen Verwunden rund 30 Männer und Frauen erschossen und 45 verwundet worden. Diese Zahl ist keineswegs erschöpfend. Es wollen noch mehr Soldaten getötet worden sein.

Weitere Spartakusputsche in Reich. Die „Reichs-Allg. Volksztg.“ in Dortmund, die vorgehen von Spartakisten besetzt worden war, ist gestern früh 3 Uhr von den dortigen Sicherheitsbehörden zurückerobert worden, ohne daß dabei ein Schuß fiel. Die Zeitung ist gestern früh wieder als Organ der Reichssozialisten erschienen. — Im Anschluß an eine vorgehen abend in Düsseldorf abgehaltene Versammlung des Spartakusbundes wurden die Redaktionen und Druckereien der „Düsseld. Ztg.“, des „Düsseld. Tagebl.“, der „Düsseld. Nachr.“ und der „Freien Presse“, das Organ der Reichssozialisten, von Spartakusanhängern besetzt und ihr Erscheinen verhindert. Die „Düsseld. Nachr.“ wurden gezwungen, das Blatt in veränderter Form unter dem Titel „Die Rote Fahne vom Niederrhein“ unter Weglassung aller

beanstandeten Artikel und Nachrichten erscheinen zu lassen. Der Allgemeine Arbeiterbund, der zur kommunistischen Partei gehört, hielt am Mittwoch zwei Versammlungen ab, in denen die Parole ausgegeben wurde, jetzt endlich auch im Westen Deutschlands wie in Berlin mit der Tat zu beginnen. Die Führer erklärten, der Verband sollte nur kommen, man werde schon mit ihm fertig werden, daß ihm die Luft verneht werde.

Neuer Bergarbeiterstreik. Aus Beuthen wird gemeldet, daß von neuem ein Bergarbeiterstreik auszubrechen droht. Die Ursache des Ausstandes sind anscheinend polnisch-parteiliche Umtriebe. Die Arbeiter verlangen die Deckung der polnischen Grenze, Entfernung jeglichen militärischen Schutzes, Anerkennung der Regierung Liebknecht und Generalstreik bis zur Entfernung der Regierung Ebert-Scheidemann.

Schadenersatzsprüche Norwegens. Daily Telegraph meldet aus Kopenhagen, daß Norwegen von Deutschland für die Versenkung norwegischer Schiffe eine Milliarde Kronen verlangen werde.

Das Schicksal der Armut. Die in Wien weilende amerikanische Kommission zur Prüfung der Lebensmittelverhältnisse Wiens war, wie der „Reichspost“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, von den Bildern des Glubs und Grauens, die sich ihr in den Quartieren der Armut darbieten, tief erschüttert. Die Kommissionsmitglieder erklärten einstimmig, daß nach ihrer Ueberzeugung die Entente alles tun werde, um dieser Not ein Ende zu machen. Es wird für ratsam und ausreichende Hilfe Sorge getragen werden.

Waldiger Beginn der Friedensbesprechungen. Wie dem „Allg. Handelsbl.“ aus Paris gemeldet wird, werden die Friedensbesprechungen, sobald Clemenceau von seinem sechstägigen Urlaub zurückgekehrt ist, unverzüglich beginnen.

Die amerikanischen Vertreter auf dem Friedenskongress. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Kandidaten der mit Amerika verbündeten Mächte die Namen der Vertreter der Vereinigten Staaten auf dem Friedenskongress bekanntgegeben. Es sind außer Wilson, Oberst House, Lansing, White, früherer Bevollmächtigter der Vereinigten Staaten in Paris, und General Bliss.

Streik des Postpersonals in Brüssel. Nach Blättermeldungen ist das gesamte niedere Postpersonal in den Ausland getreten.

Gegen eine Verlesung der deutschen Kriegsschiffe. Nach einer Meldung des „Newport World“ erklärte sich der Marineminister Daniels mit der Verlesung der übergebenen deutschen Schiffe nicht einverstanden.

Verhaftung der Eisenbahnen in Irland. Nach dem „Allg. Handelsbl.“ meldet der Dubliner „Evening Herald“, daß die Regierung beabsichtigt, mit der Verhaftung der Eisenbahnen in Irland zu beginnen.

Kein bewaffnetes Eingreifen der Entente in Deutschland. Wie das Wiener „Trendenblatt“ von dem unterrichteter Seite hört, sind die Ententemächte von der früher gehegten Absicht, Berlin zu besetzen, trotz der letzten Vorgänge abgekommen. In Paris herrscht die Ansicht, daß der Berliner Brand in sich selbst zusammenfallen müsse, oder wie ein fran-